



Erklärung

Gemeinsame Sitzung der Regionalforen Leipzig und Halle am 29.10.2015 in der IHK Halle-Dessau

Die Braunkohle in Mitteldeutschland

Zukunftsperspektiven zwischen energetischer und stofflicher Verwertung

Der Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland, der zu den langlebigsten Industriezweigen in unserer Region zählt, bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eine Schlüsselposition inne hatte und wiederholt Hochtechnologien ihrer Zeit hervorbrachte, zählt auch nach seiner grundhaften Erneuerung nach 1990 zu den strukturprägenden Branchen. Dabei bestehen intensive Verflechtungen insbesondere zu Chemie, Maschinen- und Anlagenbau, die für die regionale Wertschöpfung und Beschäftigungswirkung eine höhere Bedeutung als in vergleichbaren Räumen der alten Bundesländer aufweisen. Zugleich unterliegt die Braunkohlenindustrie angesichts der laufenden Energiewende und der Klimapolitik auf europäischer und globaler Ebene einem erhöhten Anpassungs- und Rechtfertigungsdruck, der bis zur grundhaften Infragestellung von Zukunftsperspektiven reicht.

Hinsichtlich der Energieversorgung bildet die Braunkohle für Mitteldeutschland und darüber hinaus einen Eckpfeiler, der sich insbesondere auf die Standorte Lippendorf und Schkopau stützen kann. Die dort nach 1990 mit einer Betriebsperspektive von ca. 40 Jahren errichteten Kraftwerkskapazitäten zählen hinsichtlich ihrer Brennstoffausnutzungsgrade und damit auch der spezifischen CO₂-Emissionen nach wie vor zu den modernsten Kapazitäten weltweit. Mit ihrer Flexibilität sind sie auch angesichts des Ausbaus der erneuerbaren Energien in der Lage, Lastschwankungen auszugleichen. Zugleich erfüllen sie mit der Deckung von rund 60 % des Fernwärmebedarfs der Stadt Leipzig (Lippendorf) bzw. der Bereitstellung von Prozessdampf für den Chemiestandort und der Lieferung von Bahnstrom (Schkopau) maßgebliche Sonderfunktionen. Zusammen mit der Weiterentwicklung von Übertragungs- und Verteilungsnetzen, Netzstrukturen und Speicherung tragen die Kraftwerke zu einer Systemstabilisierung im Sinne einer „Partnerschaft“ von regenerativen und konventionellen Formen der Energieerzeugung bei. Sie sind nicht zuletzt angesichts des bis 2022 zu vollziehenden Ausstiegs aus der Kernenergie für einen Zeithorizont bis ca. 2040 für die Sicherung der Grundlast unverzichtbar und bedürfen einer entsprechenden politischen Flankierung, um einem Strukturbruch mit unabsehbaren Folgen zu begegnen.



Ein weiterer Bestandteil der Aktivstrategie zur Sicherung der Braunkohle besteht in mittel- und langfristigen Beiträgen zur Absicherung der Rohstoffbasis der mitteldeutschen Chemieindustrie und darauf aufbauender Branchen wie Kunststoffverarbeitung, Automobil- sowie Maschinen- und Anlagenbau. Dazu trägt ROMONTA als Marktführer bei der Montanwachsproduktion bereits heute bei. Die Aktivitäten zur stofflichen Nutzung der hochwertigen mitteldeutschen Braunkohle gehen weit über den in der „High Tech Strategie“ der Bundesregierung verwendeten Begriff der „Brückentechnologie“ hinaus. So könnten künftige Stromüberschüsse aus erneuerbaren Energien zur Erzeugung von Wasserstoff genutzt werden und damit eine CO₂- arme und kostengünstige Kohlechemie ermöglichen. Für die dazu erforderliche Grundlagenforschung bestehen an den Universitäten und Hochschulen in Merseburg (TH) und Freiberg (TU Bergakademie) sowie bei weiteren Institutionen beste Voraussetzungen. Eine langfristige Verankerung der Braunkohle in die Sicherung der mitteldeutschen Rohstoffbasis der Chemie verlangt darüber hinaus abgestimmte forschungs- und industriepolitische Aktivitäten auf Ebene von Bund und EU. Für die Braunkohleländer Ostdeutschlands ist eine stärkere Zusammenarbeit zur Umsetzung dieser Zielstellung erforderlich. Vor diesem Hintergrund setzen sich die Regionalforen von Leipzig und Halle für eine strategische Zusammenarbeit zur Erschließung von Innovations- und Wachstumspotenzialen bei der stofflichen Nutzung der Braunkohle ein. Als dringend erforderlich wird hierbei die Abstimmung der „Regionalen Innovationsstrategien“ der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg angesehen, die den Einsatz von nationalen und EU-Mitteln bis 2020 wesentlich bestimmen.

Schließlich bildet die Wiedernutzbarmachung der Abbau Landschaften eine Generationenaufgabe, bei der zwischen 1990 und 2015 einerseits bereits sichtbare Erfolge auf dem Weg zu einer „Mitteldeutschen Seenlandschaft“ zu verzeichnen waren und andererseits noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die aktiven Bergbauunternehmen werden dem Verursacherprinzip durch die Bildung und den Einsatz von finanziellen Rückstellungen gerecht, sind dabei aber auf Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeit angewiesen. Synergieeffekte wie die Bereitstellung von Sumpfungswasser aus den aktiven Tagebauen zur Flutung von Abbauhohlformen wurden zwischen 1997 und der Gegenwart wiederholt genutzt. Mit der LMBV als größtes Bergbausanierungsunternehmen der Welt sowie dem finanziell derzeit bis Ende 2017 gesicherten Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung) bestehen für die Bewältigung der vor 1990 entstandenen Rekultivierungsdefizite gute Voraussetzungen, die maßgeblich in der Verantwortung des Bundes über diesen Zeitraum hinaus erhalten bleiben und weiterentwickelt werden müssen. Auch hierzu bedarf es einer engen Abstimmung zwischen den berührten Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Brandenburg.



Frank Bannert
Landrat Saalekreis

Vorsitzender des Regionalforums Halle

Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Vorsitzender des Regionalforums Leipzig